

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version
Die Briten kommen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1971) : Die Briten kommen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 8, pp. 388-389

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/134290>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Die Briten kommen

Mit einem Weißbuch in Millionenaufgabe versucht Großbritanniens Premierminister Heath seine Landsleute von den Vorteilen des EWG-Beitritts zu überzeugen. Aber noch ist das Rennen nicht entschieden. Noch reisen deutsche Politiker wie Leisler Kiep, Höcherl oder Blumenfeld als Werber über den Kanal und noch fühlen sich deutsche Journalisten zur Abfassung offener Briefe an ihre zaudernden britischen Kollegen bemüht. Vorläufig bleibt diesen Missionaren allerdings der sichtbare Erfolg versagt. Denn immer wieder finden die Beitrittsgegner ein Haar in der Suppe.

Dem seit Jahren europäisch ausgerichteten Bundesrepublikaner muß diese Haltung schlechthin unverständlich bleiben. Er versteht weder Wilson, noch Kaldor oder die Vertreter der Gewerkschaften. Für ihn ist es klar, daß der Beitritt für Großbritannien notwendig und vorteilhaft ist. Gleichzeitig unterstellt er, daß auch die Bundesrepublik von der Erweiterung der EWG profitieren wird. Das ist kein Wunder, denn abgesehen von dem mehr oder weniger deutlich und faszinierend gemalten Bild eines politisch starken westeuropäischen Blocks wird ihm von Wissenschaftlern und Politikern suggeriert, daß eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes nur zu seinem Besten ist.

Daß diese Entwicklung auch mit Nachteilen für die Bundesrepublik verbunden sein könnte, wird nie erwähnt. Schuld daran ist in erster Linie das völlig verzerrte Bild der Deutschen von Großbritannien: ein zurückgebliebenes, altmodisches Land mit geringen Investitionen, niedrigen Wachstumsraten, einer chronisch schwachen Währung und Arbeitern, die meist Teepausen machen, wenn sie nicht gerade streiken, und die damit selbst schuld an den hohen Arbeitslosenzahlen sind. Wirtschaftler und Politiker der EWG-Staaten verrichten deshalb offensichtlich ein gutes Werk, wenn sie dieses Land endlich in die Europäischen Gemeinschaften aufnehmen und es in dieser guten Gesellschaft zum Wohlstand führen.

Bei diesem Gedanken wird allerdings regelmäßig vergessen, einmal zu überlegen, welche Kosten und Belastungen den „Wohltätern“ durch die Aufnahme entstehen könnten. Während die Briten Weißbücher und zahlreiche Studien über die Konsequenzen des Beitritts produzieren, erscheinen den EWG-Mitgliedern entsprechende Untersuchungen offensichtlich überflüssig. Für sie ist der Vorteil des Beitritts eine Tatsache, an der nicht gerüttelt wird.

Deshalb wird jeder als Gespensterseher verschrien, der *einen* Grund für die in der letzten Phase erstaunlich schnelle Einigung mit Großbritannien in dem wachsenden Mißmut Frankreichs über die Bundesrepublik sieht. Zwar weiß man, daß Frankreich über den deutschen Alleingang bei der Kursfreigabe nicht erfreut war und ihn sogar als Kapitulation vor den USA auslegte, aber dennoch glaubt man nicht an ein Aufleben der englisch-französischen Entente, die der immer deutlicher werdenden wirtschaftlichen Vormachtstellung der Bundesrepublik entgegenwirken könnte. Statt dessen hofft man gerade durch den Beitritt der in der Demokratie so erfahrenen Briten auf entscheidende politische Impulse und entsprechende Fortschritte für Europa.

Wenn Bedenken heute gar nicht erst aufkommen oder mit leichter Hand vom Tisch gewischt werden, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Vorgänge in Brüssel sowohl für den Fachmann als auch für den Durchschnittsbürger immer undurchsichti-

ger – da immer technokratischer – geworden sind. Wer vermag noch ein Urteil darüber abzugeben, ob der vereinbarte Finanzierungsbeitrag Großbritanniens zum Gemeinschaftshaushalt eine Entlastung oder zusätzliche Kosten verursacht; ob die Sonderregelungen für Butter und Käse aus Neuseeland oder für Rohrzucker aus den Commonwealth-Staaten den Agrarmarkt und das Preisniveau beeinflussen; ob die Fischmarktordnung oder die Bauxitregelung wichtige oder völlig bedeutungslose Konsequenzen für die Bundesrepublik haben? Auch über die Gestaltung der politischen Instanzen gibt es wenig Klarheit. Man weiß zwar, wie Ministerrat, Kommission und Parlament in Zukunft zusammengesetzt sein werden, aber es ist eine optimistische Vermutung, daß die Entscheidungen – die mit weiterem Ausbau der EWG immer weniger bestimmten Automatismen unterworfen sind – durch die größere Zahl der Beteiligten erleichtert werden.

Die Beitrittseuphorie, der insbesondere die Bundesrepublik seit langem huldigt, läßt allzu leicht vergessen, daß viele Fragen, die bereits als erledigt angesehen werden, erst noch in langen, zähen Verhandlungen geklärt werden müssen. Das gilt zum Beispiel für die Rolle des Pfundes in der EWG. Bisher liegt hier nur die Zusicherung Londons vor, „nach dem Beitritt mit den EWG-Partnern über Maßnahmen zu beraten, die erforderlich sind, um die Eigenarten des Sterlingystems mit denen der Gemeinschaftswährungen und der Wirtschafts- und Währungsunion abzustimmen“. Bei dieser Formulierung hat man den Eindruck, daß die britische Regierung tatsächlich noch an besondere Gestaltungsmöglichkeiten glaubt, obwohl durch die Währungsunion die erforderlichen Maßnahmen bereits eindeutig festgelegt sind. Sollte der neue Partner hier andere Lösungen anstreben, so könnte das ein Indiz dafür sein, daß die Gemeinschaft durch den Beitritt bei der Verwirklichung ihrer politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen nicht unterstützt, sondern behindert wird.

Man würde in der Bundesrepublik zahlreiche Illusionen im Hinblick auf die weitere Entwicklung vermeiden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Großbritannien seine gehegte und gepflegte „splendid Isolation“ keineswegs aus altruistischen Motiven, sondern allein aus rein wirtschaftlichen und politischen Überlegungen aufgeben wird. Die Briten wollen die EWG vorläufig nicht stützen, sondern in erster Linie selbst gestützt werden. Sie werden sich deshalb – trotz ihres großen technologischen Potentials – z. B. kaum zur Rettung der seit Jahren dahinsiechenden Atomgemeinschaft Euratom aufschwingen. Die Erfahrung mit anderen Gemeinschaftsprojekten zeigt, daß gerade die britische Beteiligung am ehesten ausblieb, wenn sich die erwarteten Erfolge nicht einstellten. Und es ist nicht anzunehmen, daß man sich im Falle Euratom europabewußter verhalten wird als Frankreich.

Das große technologische Potential Großbritanniens dürften insofern weniger die europäischen Institutionen bemerken als vielmehr die Industrien der Gemeinschaft. Das gilt besonders für die Bundesrepublik, da ihre Industriestruktur der britischen am stärksten ähnelt. Doch während die französische Industrie zum Beispiel gegen die zu erwartende Konkurrenz der verstaatlichten Konzerne British Steel Corporation und National Coal Board bereits heftig protestierte und Gegenmaßnahmen verlangte, sehen deutsche Unternehmen und Verbände keinen Grund dazu. Sie glauben wie der BDI an neue Wachstumsmöglichkeiten für die EWG und rechnen sich – wie etwa die Automobilindustrie – im größeren Markt „gute Chancen“ aus. Übersehen wird dabei, daß die britische Industrie bei weitem nicht so zurückgeblieben ist, wie man landläufig annimmt. Von den 200 größten Unternehmen des erweiterten Gemeinsamen Marktes werden 49 aus Großbritannien kommen – also mehr als aus Frankreich und der Bundesrepublik zusammen. Auch unter den 20 größten Konzernen sind fünf britische. Ihre Konkurrenz wird besonders dann fühlbar werden, wenn sie ihre Investitionen in stärkerem Maße auf den bisher noch vernachlässigten EWG-Raum ausrichten. Außerdem ist ein verstärkter Wettbewerb mit den amerikanischen Unternehmen zu erwarten, die zahlreiche ihrer Investitionen – zum Teil bereits in Erwartung der erweiterten EWG – in Großbritannien tätigten. Die deutsche Stahlindustrie, der Maschinenbau, der Flugzeugbau und auch die Chemische Industrie werden in der größeren EWG eine starke Konkurrenz erhalten. Gerade in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation ist es deshalb besonders notwendig, sich vorausschauend auf den verstärkten Wettbewerb einzustellen. Auch unsere Wirtschaftspolitik wird Vorsorge treffen müssen, wenn sie von strukturellen Schwierigkeiten nicht überrascht werden will.